

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

57 (8.3.1899) Parlaments-Ausgabe

Anzeige: Wöchentl. 7 Pf. mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agenturbezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

Anzeigegebühr: Die 1paltige Kolonelle über deren Raum für 10 1/2 Linien 15 Pf., für answärtige 20 Pf., im Restamtteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechendes Rabatt.

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe, den 8. März 1899.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 6. März.

Das Haus ist schwach besetzt. 1 Ubr. Am Bundesratsstisch: General v. Gopfert u. A. Eingegangen ist die Novelle zur Gewerbeordnung. Es ist Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Lesung der Vorlage betreffend die Errichtung eines besonderen bairischen Senats beim Reichsmilitärgerichtshof.

Abg. Dr. Schädler (Ctr.): Trotz der Erklärung des Reichstages, daß eine etwaige Aenderung des zu schaffenden Gelechts nicht ohne vorhergehende Vereinbarung mit Bayern erfolgen werde, habe ich mich doch, um Mißverständnissen vorzubeugen, veranlaßt zu erklären, daß aus dem prinzipiellen Grunde der nicht genügend erfolgten Wahrung des bairischen Sonderrechts ich mit meinen engsten Freunden gegen die Vorlage stimmen werde.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte angenommen. Dagegen stimmen die bairischen Mitglieder des Centrums. (Abg. Frhr. v. Springenfeld nicht anwesend.)

Hierauf wird die zweite Staatsberatung beim Extraordinarium des Militäretats fortgesetzt.

Beim Titel „Gewährung von Zulagen an Beamte, Offiziere und Unteroffiziere der Garnison“ bittet

Abg. Schrempf (Konf.) auch den Mannschaften den Garnisonzuschuß zu gewähren.

Zur dem Neubau und der Ausstattungsänderung zweier Garnisonarrestanstalten in Berlin sind als letzte Rate 135 000 Mk. eingestellt.

Die Kommission beantragt Streichung des Beschlusses.

Das Haus beschließt demgemäß.

Zum Neubau und zur Erweiterung der Diensträume des Kriegsministeriums in Berlin einschließlich der Ausstattungsänderung werden als vierte Rate 180 000 Mk. gefordert.

Das Haus legt hierzu nach dem Kommissionsantrage 40 000 Mk. ab.

Auf die übrigen von der Kommission beantragten Abstriche im Gesamtbetrag von 827 050 Mk. werden sämtlich genehmigt.

In einem Falle, nämlich zum Neubau der Garnisonkirche in Pilsen, beschließt das Haus nach dem Kommissionsantrage die erste Rate von 500 000 Mk. zu erhöhen.

Zur Veranschaulichung der wichtigsten Festungsanlagen werden als fünfte Rate 10 000 000 Mk. gefordert. Der Gesamtbetrag der in diesem Titel geforderten Summen war ursprünglich auf 33 540 000 Mk. berechnet gewesen, wozu in den Jahren 1893 bis 1898 im Ganzen 29 Millionen bewilligt worden sind, und in dem neuen Etat in der Forderung von 10 Millionen noch 4 540 000 als letzte Rate enthalten sind. Die verbleibenden 5 460 000 Mark gehen als Aufwendung für eine Reihe von Festungsverbesserungsarbeiten, deren Gesamtbetrag auf 50 Millionen veranschlagt ist.

Die Resolution wird ohne Debatte bewilligt, ebenso der Rest des Extraordinariums und die Einlagen der Verwaltung des Reichsheeres.

Die zweite Lesung des Militäretats ist damit erledigt.

Der Etat für den allgemeinen Verbandsfonds wird ebenfalls ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Zum Etat des Reichsinvalidenfonds beantragt die Kommission folgende Resolution:

- 1) Die Mittel, welche zur Bewährung der Weibnisse von 120 000 Mk. an alle nach dem Gesetz vom 20. Mai 1895 Art. 2 als berechtigt anerkannten Veteranen dienen, aus allgemeinen Reichsmitteln durch einen Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1899 abzudecken anzuordnen.
- 2) Dem Reichstagspräsidenten zu empfehlen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen unter Berücksichtigung der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung, den berechtigten Wünschen der Militärintvaliden, insbesondere auch in Bezug auf die Versorgung der Wittwen und Waisen, die Entschädigung für Nichtbenutzung des Civilverdienstausweises und die Befreiung der Militärpension neben dem Civildienstverdienst resp. der Civilpension Rechnung getragen wird.

Abg. Graf von Oriola: Es ist ein eigenartliches Gefühl, hier immerfort dieselben vom ganzen Reichstage anerkannten Mißstände vorbringen zu müssen; ich werde aber nicht eher aufhören, für die Beseitigung dieser Mißstände zu wirken, als bis endlich das geschieht, was wir gegenüber den Männern, die das Vaterland verteidigt haben, verlangen müssen. Man hätte von Anfang an die gesamte notwendige Versorgung der Invaliden aus allgemeinen Reichsmitteln entnehmen sollen, statt auf den Invalidenfonds zurückzugehen. Der Schatzsekretär hat in der Kommission von 50 Millionen gesprochen, die uns das kosten würde. Eine solche Höhe des Erfordernisses befreite ich entschieden, wir werden eine viel geringere Summe gebrauchen. Von den 26 000 Veteranen erhalten jetzt die Weibnisse von 120 Mk. nur 20 000. 6000 Mann erhalten sie unbilliger Weise nicht; für diese 6000 Mann verlangen wir nun die Weibnisse. Das macht ein Gesamterforderniß von 720 000 Mk., aber selbst das hat man uns nicht gewährt. Ich verweise auf die zahlreichen Unterschriften unter der zu Gunsten der Veteranen an den Reichstag gerichteten Petition, an deren Spitze Prinz Hermann von Sachsen-Weimar steht. In ganz Deutschland wird die Unbilligkeit auf das Schärfste empfunden, daß wenn wir hier im Reichstage einstimmig eintreten für die Armen und Bedenden Leute, und gar kein Entgegenkommen gezeigt wird. Ich will dabei nicht der Kriegsverwaltung einen Vorwurf machen. Ich stelle ihr das Zeugnis aus, daß sie nicht die Behörde ist, die uns Widerstand bereitet. Ich kann den Herren an der Spitze der Kriegsverwaltung das ehrenvolle Anerkenntnis aussprechen, daß sie, wo sie irgend helfen können, es freudig thut; aber der Kriegsverwaltung sind die Hände gebunden. Da stehen die Herren von der Finanzverwaltung, die machen ihr Schwierigkeiten. Aber dem Herrn Schatzsekretär mache ich auch noch gar nicht solchen großen Vorwurf; mein Vorwurf trifft eine andere Stelle — im Kasernenwäldchen. Die Unzufriedenheit ist begründet, und deshalb sollte der Kriegsminister nicht zu unvorsichtlich der Agitation der Veteranenverbände entgegenzutreten. Namentlich sollten die Maßnahmen gegen den Leipziger Veteranenverband gemildert werden. Wenn diese Leute in ihrem Streben nach Abhilfe auch vielleicht nicht immer die richtigen Grenzen einhielten — auf solche Unterführungen, wie

sie in Amerika gewährt werden, rechnen wir ja überhaupt nicht — so sind sie doch alle höchst patriotisch gesinnt, und ich möchte deshalb den Minister bitten, nachmals eingehend und in wohlwollender Weise die Verhältnisse zu prüfen und die strengen Maßregeln aufzuheben. Wir müssen zu einem einheitlichen organischen Invalidengehelt gelangen, welches, wie die Resolution verlangt, den verbleibenden Kosten der Lebenshaltung Rechnung trägt, und wir können uns nicht fortwährend mit Novellen begnügen. Das Gesetz darf auch nicht zu viel halbe Maßregeln enthalten. Mit einer bloßen Erhöhung des Dispositionsfonds ist nichts getan; wo ein wirkliches Recht besteht, muß man nicht im Wege der Gnade, sondern des Gelechts vorgehen. Das gilt vor allem auch bezüglich der Verlosung der Wittwen und Waisen. Die Militärverwaltung hat an einer solchen selbst das lebhafteste Interesse; denn sie muß wünschen, daß wenn wir einmal in einen Krieg gerathen sollten, die Leute mit der Bewilligung ins Feld ziehen, daß für ihre Angehörigen im Falle ihres Todes in einer den heutigen Lebensverhältnissen entsprechenden Weise gesorgt ist. Wir müssen ferner wünschen, daß die Militärpension neben der Civilpension auch den Staatsbeamten gewährt wird. Wenn die Kommunalbeamten die Militärpension voll bekommen, warum wird sie den Staatsbeamten verweigert? Warum ist in den verschiedenen Bundesstaaten eine solche Verschiedenheit, daß z. B. in dem einen ein Gerichts- vorsteher die Militärpension bekommt, in dem anderen nicht? Diese Verschiedenheit in der Behandlung der Kommunal- und Staatsbeamten führt dazu, daß die Leute immer mehr zu den Kommunalbeamten drängen. Es ist ferner zu fordern, daß im Falle eines Verzichtes auf die Civilversorgung eine Entschädigung gewährt wird; es handelt sich in solchen Fällen meist um arme Köpfe, die keinen Civildienst mehr leisten können. Meine Partei und ich darf wohl sagen, der ganze Reichstag, hat sich der Sache der Invaliden stets mit warmem Herzen angenommen, und er bekräftigt nicht, was nicht unbedingt notwendig ist. Es handelt sich hier um eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes; da muß das Reich eintreten. Wir vertreten der Kriegsverwaltung; aber wir können auch von ihr verlangen, daß sie dem Reichstag vortritt. Wir wollen uns dankbar zeigen den Männern gegenüber, die unser Vaterland verteidigt und für die Begründung des Reichs ihr Leben eingesetzt haben. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann: Ich habe schon in der Kommission dargelegt, daß die verbundenen Regierungen hinter den Forderungen des Gelechts vom 22. Mai 1895 nicht um einen Schritt zurückgetreten, sondern darüber eher noch hinausgegangen sind. Es bestand Uebereinstimmung zwischen den Regierungen und dem Reichstage darüber, daß die Weibnisse an die Veteranen sich in den Grenzen der Zinsen des einbehaltenen Kapitals des Invalidenfonds halten sollten. Nach der Bilanz für 1897 betrug das einbehaltenen Kapital 69 Millionen Mark. Jetzt sind die Regierungen aber schon um etwa 3 Millionen über diesen Betrag hinausgegangen. Es kann ihnen also nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie hinter den Forderungen des Gelechts zurückgeblieben seien. Davon aber, daß das, was nach dem Gelechts von 1895 geschaffen ist, nur als eine Abschlagszahlung angesehen werden dürfte, ist mir nichts bekannt. Daß der Bedarf viel größer sein würde, als der Vorredner annimmt, ergibt sich aus der Thatfache, daß die Zahl der erwerbsfähigen Veteranen trotz der Abnahme der Gesamtzahl der Veteranen von Jahr zu Jahr zunimmt. Nach der im vorigen Jahre angefertigten Berechnung würde uns von dem Invalidenfonds noch ein letzter Rest von 16 Millionen zur Unterhaltung der Veteranen und Invalidenwitwen zur Verfügung bleiben, und es ist auch bereits ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der diesen Zweck Rechnung tragen will und namentlich eine wesentliche Linderung für die Kriegswitwen vorstellt. Den Vorwurf der Kleinlichkeit müssen wir entschieden zurückweisen. Es handelt sich jetzt gar nicht mehr um 6000 erwerbsfähige Veteranen, für die wir nicht die 720 000 Mk. bewilligen wollen, — das war die Ziffer vom Dezember 1896 — sondern jetzt handelt es sich bereits um mehr als 15 000 erwerbsfähige Veteranen; es würden also etwa 1 800 000 Mark erforderlich werden. Ob die Regierung geneigt sein wird, aus allgemeinen Reichsmitteln die Veteranenbewilligung zu gewähren, möchte ich bezweifeln; dann müßten wir ein ganz neues Kapitel „Veteranenfürsorge“ in den Etat einstellen, das mit jedem Jahre eine Steigerung erfähre, wenn auch die Ziffer von 50 Millionen wohl zu hoch gegriffen ist. Ich kann nur sagen, daß bei der pressirten Regierung irgend welche Neigung zu diesem Schritt nicht besteht, da es sich hier nicht um eine Invalidenfürsorge, sondern um eine allgemeine menschenliche Fürsorge handelt.

Abg. v. Kardorff (Kd.): Die Gesinnung, eine Erhöhung der Ausgaben von der Regierung zu verlangen, ist ganz neu. Bisher hätte diese Bitte nicht eingebracht, wenn die verbundenen Regierungen selbst eine etwas häufigere Initiative zur Erhöhung des Reichsinvalidenfonds ergreifen hätten. Die Theilnahme für die Veteranen hat weit weite Kreise des Volkes ergriffen. Ich hoffe aber, daß es uns gelingt, einen Ausweg zu finden. Auch das Verhalten bei der Beschließung der Invalidität, das heute kein einheitliches ist, müßte einheitlich geregelt werden.

Abg. Graf von Oriola: Auch meine Freunde stehen auf dem Boden der vorliegenden Resolution. Daß wir nicht nöthig haben, mit den hochtönenden Worten vom Patriotismus unsere Bereitwilligkeit zum Ausdruck zu bringen, darüber sind sich wohl alle einig, denn wenn es sich um unsere invaliden Soldaten handelt, dann ist der ganze Reichstag einig. (Beifall.) Im Einzelnen wünschen wir, daß bei dem neuen Invalidengesetz, das uns in Aussicht gestellt ist, die Kürzung der Invalidenpensionen und Kriegsalagen aufhört. Mit dem jetzigen System muß getrennt werden, sonst wird es, daß die Regierung endlich den Standpunkt aufgegeben hat, wonach nur die Zinsen des Fonds aufgebracht werden. Der Invalidenfonds ist nur für die Invaliden bestimmt, und es war ein Fehler, daß man auch die Veteranen daran theilnehmen ließ. Wir sind wohl Alle sehr gern bereit, für die Veteranen besondere Mittel zu gewähren, aber wir müssen darauf dringen, daß die Invaliden dauernd ihr Recht bekommen. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Kd.): Es ist des deutschen Reichs unwürdig, die Veteranen nicht zu berücksichtigen, die Veteranen sollen nicht an die öffentliche Mitleidigkeit appellieren, sie haben das Recht vom Staate, dem sie gedient haben, etwas zu verlangen. Wenn es so weiter geht wie jetzt, so können noch viele Veteranen verunglücken. Traurig, aber wahr, daß es so weit gekommen ist! Wir wissen sehr wohl, daß Herr Miquel das Hauptübel ist und wir werden mit aller Macht den Einwurf im Kasernenwäldchen bekämpfen. Das Vorgehen gegen die Leipziger Veteranen billige ich nicht; es wäre besser unterblieben.

Abg. Dr. Schädler (Ctr.): Ich empfehle Ihnen dringend, den Resolutionen zuzustimmen. Auch die verbundenen Regierungen haben ja bereit für die Invaliden eingetreten; darüber herrschen bei ihnen keine Meinungsverschiedenheiten, wenn auch leider zu konstanten ist, daß die Regierungen die Wünsche des Reichstags nur in langsamem Tempo erfüllen, während sie ihre Forderungen an den Reichstag immer sofort bewilligt haben wollen. So lange für die berechtigten Zwecke kein Geld vorhanden ist, müssen wir mit anderen Forderungen sehr zurückhaltend sein. (Sehr wahr! links.) Es handelt sich hier um Männer, die sich um das Vaterland wohl verdient gemacht haben und für die wir sorgen müssen und sollen Mittel vorhanden sein. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Beifall.)

Abg. v. Staudy (Kd.) weist an der Hand einzelner Fälle die Nothwendigkeit einer Erhöhung des Invalidenfonds nach.

Abg. Singer (Soz.) bringt eine Petition von Veteranen zur Sprache, in der gegen die Sozialdemokratie Vorwürfe erhoben werden. Gerade die sozialdemokratische Partei aber habe schon seit Jahren für eine Erhöhung der Pensionen gekämpft und die 120 Mark als Almosen bezeichnet. Aber die Herren von der Rechten haben damals die Summe von 120 Mark für ausreichend erklärt. Es zeigt von hohem Grade störrischer Rohheit, wenn man einer Partei insinuiert, daß sie kein Herz habe für die Männer, die ihr Blut und Leben für das Vaterland geopfert haben, und wir hätten wohl erwarten können, daß die Unterzeichner der Petition sich schämen würden, derartige Unwahrheiten zu verbreiten, die näher zu Beziehungen es mir an parlamentarischen Ausdrücken fehlt. Es ist ja bekannt, daß es Leute giebt, die immer ihre Forderungen damit begründen, daß im Falle ihrer Ablebnung die Sozialdemokratie wachsen würde, oder sie machen es so wie die Katarier und erklären einfach, wenn die Wünsche nicht befriedigt werden, würden sie unter die Sozialdemokratie gehen. In der Sache selbst stehen wir auf unserem schon oft betonten Standpunkt, daß eine Erhöhung des Invalidenfonds dringend nöthig ist. Daß die Veteranen besonders aus Reichsmitteln unterstüzt werden sollen, haben wir schon 1895 gefordert. Jetzt treten auch andere Parteien dafür ein, ein Beweis, daß wir Recht hatten. Wir werden für die Resolutionen stimmen, wenn darin auch noch lange nicht genügend hohe Sätze für die Pensionen gefordert sind. (Beifall links.)

Abg. Dr. Staudy (Kd.) tritt ebenfalls für die Resolution ein und verwahrt seine Partei gegen den Vorwurf, daß hätte er ein weniger warmes Herz für die Veteranen als die Sozialdemokraten. Wäre das Haus 1895 den Forderungen der Sozialdemokraten beigetreten, so hätten die Veteranen gar nichts bekommen. Die jetzigen Resolutionen stimmen genau überein mit der kaiserlichen Hofkassa vom 8. März 1895. Es ist ungerecht, daß den Staatsbeamten die Militärpension entzogen wird, während das bei den Kommunalbeamten nicht der Fall ist. Der Veteranenverband zu Leipzig ist nicht der berufene Vertreter der Veteranen; er vertritt nur 6-7 Prozent aller Veteranen, während der Reichsanwaltschaft 50 Prozent vertritt. Im Uebrigen bitte ich, den Resolutionen möglichst einstimmig beizutreten.

Abg. Schrempf (Kd.) erwidert dem Abg. Singer, daß in der dem Hause zugegangenen Petition kein Vorwurf gegen die Sozialdemokratie enthalten sei, sondern nur gegen gewissenlose Agitatoren. Der Abgeordnete Singer habe darauf hingewiesen, daß manche Leute erklärten, wenn ihre Wünsche nicht erfüllt würden, so würden sie Sozialdemokraten. Das ist richtig; sonst läßen nicht soviel Leute auf der linken Seite dieses Hauses. (Heiterkeit.) Was nütze es denn, wenn die Sozialdemokraten immer für alle möglichen Leute eintreten? Nachher lebten sie ja doch den ganzen Etat ab. Es sei ein schreiender Hohn, daß der Reichstag und die verbundenen Regierungen für die Veteranen so wenig bewilligt hätten. Wir händen einmal wieder in Gefahr, daß die Heberfüßler verderben, was die Schwerter ernunnen haben. Er wünsche, daß das ganze Volk so patriotisch sei, wie unsere Veteranen. Wenn die Mittel fehlten, so solle man lieber andere Ausgaben zurückstellen.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (Hosp. d. Nat.-Lib.): Ich mache Niemandem einen Vorwurf aus der Nichterfüllung der Wünsche der Invaliden, diesen Vorwurf zu erheben behalte ich mir für später vor, wenn den Resolutionen nicht Folge gegeben wird. Daß eine Noth unter den Invaliden und Veteranen besteht, darüber besteht kein Zweifel, und deshalb sollten die verbundenen Regierungen nicht äßern, der Noth ein Ende zu machen. Es giebt noch weit mehr bedürftige Invaliden als nach ungefährer Schätzung vorhanden sind, denn man muß doch auch in Betracht ziehen, daß vielfach der tatsächliche Zusammenhang zwischen Invalidität und Verlesung im Kriege nicht nachgewiesen werden kann. Deshalb sollte man in dieser Beziehung eine gewisse latitude walden lassen. Da, wo ein Bedürfnis vorhanden ist, muß das Reich eingreifen; aus welchen Fonds dies geschieht, ist mir gleich, das überlasse ich den Gelehrten, sich darüber zu freiten. Aber erfüllen müssen wir diese Ehrenpflicht. Welchen Eindruck muß es auf die in einem eventuellen nächsten Feldzug lebenden Mannschaften machen, wenn sie sehen, daß die Invaliden von 1870 so wenig berücksichtigt werden? Aber auch die Frage der Entschädigung der bei Kriegen Verlesenen und die Frage der Pensionen vorzuziehen für die Hinterbliebenen verunglückter Soldaten bedarf dringend der Regelung. (Beifall.)

Abg. Weich (Kr. Vp.): Auch wir werden an Vaterlandsliebe nicht hinter den anderen Parteien zurückbleiben, wenn es sich darum handelt, die Noth der Invaliden und Veteranen zu mildern. Wir stimmen für die Resolutionen.

Der Etat des Invalidenfonds wird bewilligt. Die Resolutionen werden einstimmig angenommen. (Beifall.) Präsident Graf v. Balloiren stellt zweimal diese Einstimmigkeit mit erhebener Stimme fest. Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Ubr: Hypothekendarlehen, leg. lex Heinze in Verbindung mit den dazu gestellten Anträgen v. Centrum und des Centrums. Schluß gegen 4 Ubr.

Zur Lage des heutigen Apothekenwesens.

Audiatur et altera pars.

Die Apotheke von heute bietet ein Spiegelbild der gewerblichen Entwicklung unserer Zeit, ein Bild der Spezialisierung aller Fächer, aller Wissenszweige, der ganzen Technik. War die Apotheke früher in Stadt und Land ein „Mädchen für alles“, der unentbehrliche Ratgeber für Handel, Industrie und Gewerbe, so droht sie heute immer mehr zur Arzneiabgaben-Anstalt zu werden. Die Apotheke von früher lieferte die Lehrer in den Naturwissenschaften, in Chemie, Physik und Botanik, lieferte Elektriker und Mechaniker, heute ist der Apotheker durch die Not der Zeit gezwungen, den kaufmännischen Teil seines Betriebes vor dem wissenschaftlichen zu pflegen. Wurde früher von dem Apotheker jeder einzelne Bestandteil einer Arznei bis zur fertigen Arznei hergestellt, so giebt es heute Fabriken, die ihm seine Waren viel billiger liefern, als er sie selbst darstellen kann. Früher wurden die Untersuchungen auf Trichinen, Bakterien, von Lebensmitteln, die Untersuchungen in gerichtlichen Fällen und für Handel und Gewerbe in den Apotheken ausgeführt, heute giebt es Speziallaboratorien für jeden einzelnen Zweig.

Welche Rolle spielte früher der Kräuterboden für den Apotheker, den Botaniker par excellence? Heute verschreibt kaum ein Arzt mehr Kräuter, aus allen Büchern schreiben sich die Leute, die für den ärztlichen Nihilismus noch nicht „aufgeklärt“ genug sind, ihre Kräutermischungen zusammen und der Apotheker denkt beim Zusammenmischen mit Behmut an verklungenen Zeiten Glanz und Zukunft. Sein Kräuterboden ist ihm überflüssig geworden, er hält kein Schnapschen mehr vorrätig für den alten Kräuterkammerler, der schon dem Vater die Kräuter geliefert hatte und auch ihm mit seinen Pflanzen ein Stück frischen Lebens aus Wald und Flur, ihm Blumenduft und witzige Lust ins Haus trug.

Komplizierte Arzneiformeln werden immer seltener, die Krankenkassen drängen auf Vereinfachung und Vereinfachung der Rezepte um jeden Preis, auch auf Kosten der Arzneimittel, sie verlangen häufig von dem Arzte, daß er verschreibt, was billig ist, nicht was gut und heilsam ist, obgleich doch auch das allerärmste Klassenmitglied ein Recht auf die allerbeste Beschaffenheit seiner Arzneimittel hat. Sie zwingen dadurch manche Mitglieder, trotz ihres Mitgliederbeitrages einen Nichtkassenarzt zu befragen und ihre Arzneimittel aus eigener Tasche zu bezahlen.

Sie und der nicht gut unterrichtete Teil des Publikums bevorzugen die Droguisten, weil diese angeblich billiger sind und lassen außer Acht, daß dieselben betriebs der Güte, Aufbeziehung und Verwendung der Waren in vielen Fällen keinerlei Kenntnisse besitzen und daß an die Ausbildung des Personals derselben keine Ansprüche gestellt werden, während der Staat für die sorgfältige Ausbildung der Apotheker durch deren Examina Garantie leistet. Der Apotheker steht in täglichem Kampfe gegen Fälscher jeder Art, gegen den Geheimmittelhandel, gegen die schwindelhafte Heilweise, gegen die Abgabe fertiger, dispensierter Arzneimittel, für die, namentlich wenn sie aus dem Auslande kommen, jeder Preis bezahlt wird, obgleich sich auch der Einfältigste sagen müßte, daß die Anpreisung von Mitteln, die auf die Individualität des Kranken so wenig Rücksicht nehmen, als auf die Entstehungsursache der Krankheit, eine schwindelhafte sein muß.

Während aber jeder Kaufmann oder Gewerbetreibende durch umsichtige Leitung des Geschäftes seinen Kundenkreis, sein Einkommen vergrößern kann, sind dem Apotheker die Hände durch Verwaltungsmäßigkeiten ohne Ende gebunden.

Auf der Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen verlangte der Vertreter der Krankenkasse Darmstadt Verstaatlichung der Apotheken und führte aus, „ebenso wie es unrecht sei, mit notwendigen Lebensmitteln Wucher zu treiben, sei es unrecht, mit Heilmitteln Wucher zu treiben“, ohne daß sich, soviel wir wissen, eine Stimme der Gerechtigkeit und Billigkeit dagegen erhoben hätte. Da hat sich denn mancher Apotheker gefragt, was giebt diesem Manne ein Recht, in solcher Weise von einem ganzen ehrenwerten Stande zu sprechen? Sollte er nicht wissen, daß jeder deutsche Apotheker seine Arzneimittel nach einer von der Regierung festgesetzten Taxe abgeben muß? Daß die Regierung diese Taxe von Jahr zu Jahr herabgesetzt hat, obgleich die Gehälter, die Lebensmittel, kurz alles fortwährend gestiegen ist; obgleich die Existenzbedingungen für den Apotheker sich immer mehr verschlechtern? Werden dem Arzte, dem Schriftsteller nur Zinte, Feder und Papier vergütet?

Sie sind auch die Kerze hiermit einverstanden, daß das „Medizinische Korrespondenzblatt“ von Krankenkassenklaverei spricht.

Wahrlich, es würde sich lohnen, daß manche dieser Redner, deren Phrasengeklänge nicht über die Hohlheit ihres Wissens wozuläuteln vermag, sich über die zu besprechenden Verhältnisse vorher unterrichten, ehe sie einen Stand schmähend, ohne eine Spur von Beweis für ihre Schmähungen beizubringen.

Wie denken sie sich wohl den künftigen Staats- oder Kommunal-Apotheker? Glauben sie wohl, daß dieser, wie so mancher Landapotheker es heute thut, das ganze Jahr ohne Gehilfen, ohne Sonntag und Feiertag, ohne Weihnachts-, Ostern oder Pfingsten, von früh bis spät seinen verantwortungsvollen Beruf ausüben, daß er mitten in der Nacht in strengster Kälte aufstehen und 7/8 Stunden zur Anfertigung einer geordneten Arznei brauchen wird, um für seine Arbeit mit 25 Pf. bezahlt zu werden? Welcher Dienstmann würde das wohl thun? Oder daß er mitten in der Nacht aufstehen wird, um für 5 Pf. Salmiatgeist zu verkaufen, weil eine Kuh Blähungen bekommen hat? Hat einer der Herren, die mit so leichtem Herzen vom Apothekerverberben sprechen, jemals gehört, daß ein Apotheker sich geweigert hätte, wenn ihn die Pflicht rief? Ob diese Herren mit den leichten Herzen wohl nicht wissen, daß die Arzneimittel in keinem Lande so billig sind, wie in Deutschland, daß dem durch die Kassen allerdings gesteigerten Arzneikonsum Rabatte an diese bis zu 20 Proz. und noch mehr gegenübergeben und daß, wenn eine Apotheke zu teuer gekauft wird, nicht das Publikum, sondern der unvorsichtige Käufer die Bege zu zahlen hat? Welcher Zukunftsstaatsapotheker wird sich nach dem hohen Lande schiden lassen wollen, wird Tag und Nacht bereit sein wollen, während die anderen Herren Genossen ihren stündlichen Arbeitstag haben? Wenn die Herren der Phrasen den guten Willen hätten, könnten sie sich aus der „Denkschrift über die Lage der Vessler kleinerer Apothekenbetriebe des Königreichs Preußen“ darüber unterrichten, daß der Reingewinn in kleinen und großen Geschäften ein sehr bescheidener ist, daß dem Apotheker seine anstrengende Berufstätigkeit, seine Gebundenheit an die

Scholle mit ständiger Bereitschaft bei Tag und bei Nacht, ein Recht darauf geben, gerechter und billiger beurteilt zu werden, als dies heute geschieht. Auch vonseiten der Regierungen, die in dem Bestreben, den sozialistischen Strömungen unserer Tage Rechnung zu tragen, darf nicht außer Acht gelassen werden, daß ein zufriedener Apothekerstand mit gesichertem Auskommen ihnen die beste Garantie für die gute Verjorgung des Publikums mit Arzneimitteln bietet und daß der Stand dann am besten an seiner geistigen Entwicklung weiterarbeiten wird, wenn ihm nicht die Mittel zur Hebung seiner materiellen Lage aus der Hand genommen werden.

Rechtspflege.

Tagesordnung der Strafkammer III des Groß-Landgerichtes Karlsruhe. Sitzung: Mittwoch, 8. März, vormittags 9 Uhr: Friedrich v. Höfer aus Baden-Baden wegen Diebstahls, Rosa v. Koch, geb. Hettel, aus Vietzheim und Karl v. Koch aus Philippsburg wegen Diebstahls und unerlaubter Auspielung, Josef v. Krämer aus Malß wegen Urkundenfälschung und Betrugs.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß,
für den Anzeigenteil: Ludwig Vorbach in Karlsruhe.

Milch leichter verdaulich.

Die können Kinder und Kranke die nahrhafte Milch nicht vertragen, weil sie im Magen gerinnt. Diese werden es mit Freude erfahren, daß, wenn Milch mit ein wenig Mondamin gekocht wird, dieselbe bedeutend leichter verdaulich und selbst schwachen Magen zuträglich wird. Säuglingen ist nur Milch zu geben, aber nach Durchbruch der Zähne, wenn Zusatz zur Milch erwünscht wird, ist Mondamin in hohem Grade dazu geeignet. Mit Milch gekocht, bietet Mondamin eine wirklich nahrhafte Kost, welche alle Bestandteile zum Aufbau des Körpers besitzt. Die alleinigen Fabrikanten für Mondamin sind Brown & Bolson, welche einen mehr denn 40jährigen Betrieb besitzen. Es ist zu haben in Packeten à 60, 90 u. 15 Pf. Auch sind neue Recepte in einem Büchlein von Brown & Bolson, Berlin O. 2, kostenlos, franco zu haben. 471.8.1

Foulards-

Seidenstoffe

gewählteste Farbstellungen in unerreichter Auswahl, als auch schwarze, weiße u. farbige Seide mit Garantie für gutes Tragen. Direkter Verkauf zu Fabrikpreisen auch in einzelnen Rollen porto- und zollfrei in's Haus. Tausende von Anerkennungs-schreiben. Proben umgehend.

Seidenstoff-Fabrik-Union
Adolf Grieder & Co., Zürich (Schweiz).
Königl. Hoflieferanten.

Zur Pflege des Mundes verwendet man am besten das Eucalyptus-Mundwasser der Königl. Hoflieferanten J. B. Schwarzlose Söhne, Berlin, Margrafenstr. 29, von Sanitätsrat Dr. Häsel in „Heber Land und Meer“ 1894 S. 61 VI Nr. 11 (Ein schöner Mundesmund) als das angenehmste, zuträglichste und sparsamste empfohlen. Vorrätig in allen Parfümerie-, Drogen- und Coiffeurgehäften.

Schutttabloden.

Auf der Schmelze, südlich des Tiergartenweges, zwischen der strategischen Bahn und dem Stadtpark kann Bau- und Schuttmaterial abgebaut werden. Für die Bauarbeiten führt eine Vergütung von 20 Pfennig geltend. Den Anordnungen des an der Abgabestelle beauftragten städtischen Arbeiters Folge zu leisten. 1008,9.8
Karlsruhe, den 17. Februar 1899.
Städtisches Tiefbauamt.

Bereibung von Anstreicherarbeiten.

Die Anstreicherarbeiten der Erde u. Stühle für die Stadtgartenschauspielhallen sollen öffentlich vergeben werden. Bedingungen und Anstreicherarbeiten liegen in diesem Geschäftsjahre Nr. 90 zur Einsicht auf und sind die Angebote spätestens bis 1.8.99, Freitag den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, dem Schluss der Bereibung, daselbst einzureichen.
Karlsruhe, den 8. März 1899.
Städt. Tiefbauamt.

Georg Oehler, Soffkonditor.

Fabrikation feiner Bonbons und Chokoladedesserts.
Thee- und Kaffee-Salon.
Karlsruhe,
Herrenstrasse 18
(nähe der Kaiserstrasse).
94.-21) Telefon Nr. 352.

Polyphon
Selbstspielende Musikwerke
zum Preise v. 20 Mk. aufwärts liefert geg. Monatsraten von 3 Mk. an die Musikalien-Handlung
Bial, Freund & Co.
in Breslau.
Ausführl. Katalog gratis.

Badische Weine
liefern garantiert echt
Gebr. Schlager, Lahri. B.
NB. Man verlange Preisliste!
1070,13.2

Mehrere gestellte
Pianinos
werden unter Garantie billigst abgegeben bei
Ludwig Schweigert,
Karlsruhe, Schloßstr. 4.

(Gingernagel-Platz)
499
Manicure H. Bieler,
Comptoir- und Bürstenmacher,
227 Kaiserstr. 227.

Weinversteigerung.

Die auf den 25. Februar 1899, von dem verstorbenen **R. Vogelbach-Däublin** angelegte Steigerung von **ca. 1000 Hltr. reinen Markgräfler Traubenweinen** aus den Jahrgängen 1887, 1893, 1895, 1896, 1897, 1898,

findet **Mittwoch den 15. März 1899, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Krone in Lörrach** statt.
Die Weine können jederzeit vor dem Faße verkostet werden.

Es ladet höflichst ein
R. Vogelbach, Sohn.
Lörrach, den 1. März 1899. 1273,3.2

Wein-Versteigerung.

Donnerstag den 16. März 1899,
Mittags 12 1/2 Uhr, 1899
Friedrich Förster von Haardt bei Neustadt a. S. (S. in seiner Behausung früher Ernst Glemm'sche Kellerei)
ca. 30 Fuder 1896er Weißwein, Preislage 300-550.-,
„ 120 „ 1897er do. „ 450-1300.-,
„ 20 „ 1898er Rothwein, „ 450-550.-,
versteigert. Probetage: 23. und 24. Februar. 995,3.2
Fr. Cury, kgl. Notar.

Höhere Handelsschule Calw in Würtbg.

Beginn des Sommersemesters (7tes) am 12. April.
Aufgenommen werden:
I. Knaben von 11 Jahren in die Realklassen zur Fortsetzung der Schulbildung.
II. Knaben von 13 Jahren in die Handelsklassen in gleichzeit. Vorbereitung: 2 Ein-Jahrigen.
III. junge Leute v. 15 Jahren an, welche eine bessere Schulbildung oder Praxis nachweisen, in den **Commerzial-Separaturs A** und **IV. junge Leute jedes Alters** aus kaufm., industr. und gewerblich. Kreisen mit mangelhafter Schulbildung zwecks Verbesserung derselben und gleichzeit. tüchtiger kaufm. Ausbildung in den **Commerzial-Separaturs B**. Stenographie in allen Klassen. 772,9.5
Die uns anvertrauten jungen Leute werden in dem Pensionat der Anstalt bestens versorgt und finden unter händiger Aufsicht; sie müssen auch die Hausarbeiten unter Beaufsichtigung eines Lehrers in den Klassen fertigen und werden in liebevoller Strenge zu enger Arbeit angehalten. Schule u. Existenzschwierigkeiten beseitigen den Religionsunterricht in der Anstalt selbst durch die Herren Direktoren beider Konfessionen. Prospekte mit vielen Referenzen und jede weitere Auskunft verlange man gratis und franco von dem **Direktor Spöhrer**.

Verschiedene Mischungen. - Von Kennern bewährt.
Schepeler's Thee
Vereinigen Kraft, Fülle und lebhaftes, solches Aroma.
GEORG SCHEPELER, THEE-IMPORT, FRANKFURT A. M.
ROSENMARKT 9 u. Kl. HIRSCHGARDEN 2.
Schreibweise Preisliste kostenlos. 461,9.7

| | | | |
|---------------------|------|-------|------|
| Haushaltungsthee | 2.50 | 12.75 | 24.- |
| Familien-Thee | 3.- | 15.25 | 29.- |
| Frühstücksthee | 3.50 | 17.75 | 34.- |
| Gesellschaftsthee | 4.- | 20.- | 39.- |
| Club-Thee | 4.50 | 22.50 | 44.- |
| Nectar-Thee | 5.- | 25.- | 49.- |
| Five o'clock-tea | 5.50 | 27.50 | 54.- |
| Non plus ultra-Thee | 6.50 | 32.50 | 64.- |
| Karawans-Thee | 7.- | 35.- | 69.- |
| Klein-Long-Thee | 10.- | 50.- | 99.- |

STUTTGARTER MOBEL-FABRIK
Georg Schöttle
Königl.-Württ.-Hoflieferant.
Kunstgewerbliches ETABLISSEMENT
für stilvolle Wohnungseinrichtungen
einfachster bis elegantester Ausführung.
MUSTERLAGER:
Petersburgerhof,
Eberhardstr. 28.



Schloß-Hotel Heidelber.
In direkter Verbindung mit dem Schloßpark. 1160,10.8
Die Eröffnung unseres gänzlich renovierten Schloß-Hotels, welches sich seiner prächtigen Lage und guten Führung halber stets allgemeiner Anerkennung erfreuen durfte, findet in diesem Jahre am 30. März (Grunderdonnerstag) statt.
Mäßige Tages- und Pensionspreise. Tarif in jedem Zimmer.
Im Cannibis am Bahnh. 28
Höhere Kunst erstellt
Der Director: Julius Scheid.

VICHY
Wasser (Frankreich).
Mild, angenehm, wirksam. Von ersten medizinischen Autoritäten empfohlen.
Célestins: Bei Nieren-, Harn- und Blasenleiden, Gicht und Diabete.
Grande-Grille: Bei Leberkoliken und Gallensteinen, Stauungen im Gebiete der Unterleibsorgane. 302 24.22
Hopital: Bei sämtlichen dyspeptischen Affektionen.
Comprimés de Vichy-Etat: Gegrüßte Vichy-Salz-Tabletten z. Auflösen im Wasser (4 Tabl. für 1 Glas).
Niederlage in allen Mineralwasserhandlung. u. Apotheken.

Fahrräder.
Eine Partie zurückgesetzte Fahrräder von voriger Saison, sowie einige gebrauchte sind zu bedeutend ermäßigten Preisen unter vollständiger Garantie zu verkaufen. 1048,5.4
H. Voigt, Adlerstraße 9
(fein Laden).
Offene Lehrstelle.
Wir suchen auf 15. April für unser **Manufakturwaren-Geschäft** ein detail-einen mit guten Schulkenntnissen versehenen jungen Mann als Repräsentanten und Wohnung im Hause.
H. Voigt.
1911,8.1
Eble und Schöninger.